

18. Dezember 2007

www.kas.dewww.kas.de/mexiko

Mit Hängepartie in die Winterpause

Mexikos Parlament einigt sich nicht auf neue IFE-*consejeros* / Rücktritt Ugaldes / Trüber Wirtschaftsausblick auf 2008 / Migrationstrend ungebrochen

Am Anfang stand im Herbst eine vielbejubelte Verfassungsreform, die auch Veränderungen beim mexikanischen Bundeswahlinstitut IFE einschloss. Bei der Neuwahl von zunächst drei „*Consejeros*“ für dessen Leitungsgremium hat sich das mexikanische Abgeordnetenhaus nun kurz vor der Winterpause eine peinliche Blöße gegeben. Selbst hatte man im Artikel 4 des entsprechenden Transitionsgesetzes festgehalten, in einer dreißig-Tage-Frist diese Mitglieder neu zu wählen. Diesen Zeitraum ließ man jetzt nach einem Präsentationsmarathon von über 100 Kandidaten verstreichen, nach Vetos und gegenseitigen Anschuldigungen der Parteilichkeit, nach teilweise völlig unangemessener Behandlung der Kandidaten.

Das Argument, die Suche nach dem breitestmöglichen Konsens rechtfertige die Verschiebung, beeindruckt nicht wirklich. Vielmehr zeigt sie das ganze Ausmaß eines Geschacheres zwischen den verschiedenen politischen Kräften:

So war schon die Präsenz der Abgeordneten bei den Kandidatenpräsentationen völlig unbefriedigend: während sich „starke Parteikandidaten“ vor vollen Rängen präsentieren konnte, waren andere fast allein im Raum – in den wenigen Minuten, in denen sie überhaupt befragt wurden. „Das Problem ist“, so die Politikwissenschaftlerin Soledad Loaeza vom „Colegio de México“, „dass dieses Terrorregime nicht nur den Parteien ein schwaches IFE bringen wird, sondern alle Bürger mit Wahl-Autoritäten zu leben haben, die

man eher mitleidig betrachtet, nach der Behandlung, der sie unterzogen wurden.“ Von regelrechter „Selbsterniedrigung“ der Kandidaten spricht die renommierte Professorin. Und Sergio Sarmiento fügt in der Zeitung *Reforma* hinzu: „Das Problem der Abgeordneten ist, dass sie nicht unabhängige und qualifizierte Schiedsrichter wollen, sondern einfache Sprecher ihrer jeweiligen parteipolitischen Positionen.“ Die Erfahrung lehre jetzt, so Sarmiento, dass völlig neue Auswahlförmungen gefunden werden müssten. Dass er dabei allerdings das Oberste Gericht Mexikos als „Wähler“ ins Spiel brachte, kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Gerade hat es durch seine Entscheidung im Fall der Journalistin Lydia Cacho einen Sturm öffentlicher Entrüstung und Zweifel an seiner Unabhängigkeit ausgelöst: Mit 6:4 Stimmen hatten die Richter den PRI-Gouverneur von Puebla, Mario Marin, und andere Autoritäten vom Vorwurf entlastet, Kinderschänder gedeckt, die Justiz behindert und vor allem die Grundrechte der Journalistin nachhaltig verletzt zu haben. Der Augenschein – inklusive der Ermittlungsergebnisse des selben Gerichts – hatte auf eine ganz andere Entscheidung hingedeutet.

In der IFE-Frage allerdings gaben sowohl PAN als auch PRI zu verstehen, dass das einstweilige Scheitern – ein neuer Anlauf soll jetzt bis Februar erfolgreich sein - vor allem der PRD anzulasten ist. Ihr innere Zerrissenheit habe den Ausschlag gegeben. Man selbst habe durchaus eine tragbare Formel gefunden – um aber Spaltungen wie bei der letzten Wahl zur IFE-Führung zu vermeiden, habe man beschlossen, mit der PRD weiter zu verhandeln. Da allerdings nicht ausgeschlossen wird, dass auch in den

18. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

kommenden sechs Wochen keine gemeinsame Lösung gefunden wird, könnten am Ende doch – wie 2003 – PAN und PRI ihren Vorschlag durchsetzen: das Drama mangelnder Legitimation und Anfechtungen würde sich wiederholen – zum Schaden des IFE und der Akzeptanz demokratischer Wahlprozesse in Mexiko.

Ugalde tritt zurück

Bestätigt sehen sich nun – abgesehen von der juristischen Seite – alle, die ohnehin überaus reserviert auf die Absicht der Parteien reagiert hatten, die bisherigen IFE-Verantwortlichen vor Ablauf ihrer eigentlichen Amtszeit abzurufen. Das neue IFE geht schon jetzt stark beschädigt an die Arbeit und wird kaum die gleiche Unabhängigkeit erreichen, wie seine Vorgänger, schon gar nicht in den Augen der kritischen Öffentlichkeit, die bisher die IFE-Arbeit deutlich besser benotete als die des Parlaments. Vielmehr haben für sie die Parteien demonstriert, dass sie einer unabhängigen Wahlbehörde kritisch gegenüberstehen und dieser Unabhängigkeit Zügel anlegen möchten.

Und einstweilen bleiben nun gerade die „Consejeros“ in Amt, die nicht zuletzt die PRD unbedingt entfernt sehen wollte, allen voran IFE-Präsident Luis Carlos Ugalde. Dieser allerdings machte das Spiel nicht mit und trat unmittelbar nach dem Scheitern der Parteien in der Neuwahlfrage mit einer knackigen Erklärung zurück. Nach seiner Meinung „haben die Parteien die Verfassung verletzt, die Legalität, die Rechtssicherheit und vor allem die Würde des Bundeswahlinstituts.“ In den letzten 17 Monaten, so Ugalde, habe das IFE mit Drohungen gelebt, die sich in der Verfassungsreform und der vorzeitigen Abberufung von „consejeros“ materialisiert hätten.

Mittlerweile haben die verbliebenen Führungsmitglieder des IFE mit Andrés Albo Márquez einen Interimspräsidenten gewählt.

Diskussion um COFIPE

Aufsehen erregten in den zurückliegenden Wochen auch die Debatten um die Neufassung des „Código Federal de Instituciones y Procedimientos Electorales“ (COFIPE), der die mexikanischen Wahlprozesse im Detail regelt. Vor allem die Rolle der Medien im Wahlkampf und Möglichkeiten, ihren Einfluss zu beschneiden, spielten dabei eine Rolle.

So gab es den Vorschlag, dass sich das IFE regelmäßig mit den relevanten Medienvertretern treffen solle, um „Vorschläge“ für die generelle Berichterstattung in den Nachrichtensendungen über Wahlen zu unterbreiten – allerdings ohne Verbindlichkeit. Ein seltsamer Vorschlag, der sofort Besorgnisse über Einschränkungen der Pressefreiheit und Befürchtungen der Selbstzensur hervorrief. Schon im Umfeld der Verfassungsreform war davon speziell von Medienseite die Rede, seinerzeit allerdings mit Blick auf Einschränkungen bei der Wahlwerbung oder Sanktionen gegen sogenannte „Negativkampagnen“. Dazu schrieb der Hintergrunddienst „Seminario Político“ in seiner Ausgabe von 30. November: „Die drei großen Parteien setzen ihre Politik im eigenen Interesse fort. Sie haben vor, ein System zu schaffen, das ihnen nützt. Als erstes haben sie die Macht der Medien beseitigt, die diese über sie ausgeübt haben. Als zweites beschneiden sie die Kontrollfunktion des IFE und drittens versuchen sie, den wachsenden und parasitären Einfluss abzuschaffen, dem sie von Seiten der kleineren Parteien ausgesetzt waren. Das ist ohne Zweifel eine Rückkehr zu den bequemen Zeiten früherer Parteienherrschaft in Mexiko.“

Ein Ende der Koalitionen?

Der dritte Punkt dieser Aufzählung steht dabei in Zusammenhang mit der Reform sogenannten Koalitionsregeln: hier ist es in Mexiko üblich, dass kleine Parteien vor der Wahl Listenverbindungen mit den „Großen“ eingehen und sich dabei schon vorher Quoten der Macht und Mandate sichern, die oft deutlich über dem liegen, was sie beim individuellen Antreten erzielen würden. So haben es immer wieder gerade „Familienpar-

18. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

teien“ geschafft, zu überleben und sich an den Meistbietenden zu verkaufen. Ganz frei davon sind auch bekanntere Gruppen wie die mexikanischen *Grünen* nicht: bei der Wahl 2000 waren sie eine Listenverbindung mit der PAN von Vicente Fox eingegangen, 2006 mit der PRI Madrazos. Bei der vergangenen Wahl waren zudem *Convergencia* und PT eine Koalition mit der PRD eingegangen, während die *Sozialdemokratische Alternative* und PANAL bewiesen, dass es auch kleinen Parteien allein möglich ist, die Zwei-Prozent-Hürde, die zur Beibehaltung der Registrierung, der Teilnahme an der Parteienfinanzierung und der parlamentarischen Repräsentation berechtigt, zu überspringen. Eine Ende der Koalitionen der bekannten Art und ihr Ersatz durch Gemeinschaftskandidaturen mit gemeinsamen Kandidaten wäre also keineswegs das von einigen prognostizierte Todesurteil der Kleinen.

Zu interessanten Einsichten in die Meinungen der Mexikaner zum Thema politische Parteien trug eine Umfrage bei, die die Zeitung *Reforma* Ende November veröffentlichte: danach halten 48 Prozent der Mexikaner die kleinen Parteien für überflüssig und sind für eine größere Konzentration, nur 38 Prozent sind davon überzeugt, Parteivielheit sei für ein pluralistisches Meinungsbild unerlässlich.

Zerreissprobe bei der PRD

Zu einer deutlichen Abgrenzung von Parteivorstand und PRD-Fraktionen in Senat und Abgeordnetenhaus führte ein heftiger Brief des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten, Andrés Manuel López Obrador, in dem dieser die Parlamentarier aufforderte, die als Folge der Verfassungsreform verabredeten Sekundärgesetze im Wahlrecht – speziell die Koalitionsregelungen – nicht zu verabschieden. Die Parteiführung allerdings stellte sich eindeutig hinter ihre Parlamentsfraktionen und ermunterte sie, die Verhandlungen fortzusetzen. Ein Bruch mit AMLO sei dies allerdings nicht, erklärte PRD-Generalsekretär Guadalupe Acosta Naranjo.

„Ich stelle fest, dass dieses Projekt, statt das Land auf den Weg der Demokratie zurückzuführen, die illegitime Dominanz des

konservativen Blocks zementiert, der uns die Wahlen 2006 gestohlen hat“, schrieb López Obrador. Nichts, so der gescheiterte Kandidat, rechtfertige, dass sich die PRD zu einem solchen „antidemokratischen Manöver“ hergebe. Neben AMLO haben auch die in der „Frente Amplio Progresista“ (FAP) mit der PRD verbundenen Parteien PT und *Convergencia* ihre Ablehnung deutlich gemacht: bei ihnen geschieht dies allerdings eher aus der Befürchtung heraus, künftig nicht mehr in vorab verabredeten Koalitionen ihren Parlamentarieranteil „zu verhandeln“, sondern diese Entscheidung stärker an den Wähler zu delegieren. All dies sieht momentan stark nach einem Bruch der FAP aus, während die kleinen Parteien ihre Solidarität mit AMLO als Person und seinem Projekt der „Convención Nacional Democrática“ (CND) bekräftigen.

So bildete sich unter den Parlamentariern der PRD auch prompt ein Block, der es nach wie vor mit den Vorgaben von López Obrador hält und zu einer eigenen Gruppe aus Abgeordneten von PRD, PT und *Convergencia* werden könnte. Vieles wird sicher auch davon abhängen, wer sich im derzeit laufenden Kampf um die PRD-Präsidentschaft letztlich durchsetzen wird. Auch diese Entscheidung soll im Frühjahr 2008 fallen.

Geklärte Fronten bei der PAN

Bei der Regierungspartei PAN hingegen ist derzeit alles auf Harmonie eingestellt. Nach der Wahl von Germán Martínez Cázares zum neuen Parteivorsitzenden – fast 97 Prozent der Delegierten gaben dem als einziger Kandidat angetretenen Ex-Minister die Stimme – zeigen dessen erste Personalentscheidungen ein Setzen auf Kontinuität. Fast umgehend bestätigte er die PAN-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus und im Senat, Hector Larios und Santiago Creel in ihren Ämtern. Neuer Chef der Parteistiftung FRPH und gleichzeitig Bildungsbeauftragter des Parteivorstandes wurde Carlos Abascal Carranza, Innenminister in der Regierung Fox und danach stellvertretender Generalsekretär der Partei, nicht also jemand, dem bisher besondere Nähe zum neuen Parteivorsitzenden oder auch zu

18. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

Staatspräsident Felipe Calderón nachgesagt wurde.

Dass sich auch speziell konservative PAN-Gouverneure im neuen Parteivorstand finden, ist ebenfalls als Versuch zu werten, Einheit zu demonstrieren. Ein notwendiges Unterfangen, war es doch in letzter Zeit vor allem die PAN, die mit innerem Streit das Oberste Wahlgericht (TRIFE) beschäftigte: Das TRIFE war von November 2006 bis November 2007 insgesamt mit 1.974 Fällen von innerparteilichen Konflikten beschäftigt. Davon entfielen 1.530 (77,5%) auf die PAN!

Getrübte Stimmung für die Wirtschaft

Auch auf anderen Feldern herrscht in Mexiko zum Jahreswechsel alles andere als eitel Sonnenschein: Nach dem gerade veröffentlichten Bericht der UN-

Wirtschaftskommission für Lateinamerika, CEPAL, hat Mexiko auch im Jahr 2007 ein im lateinamerikanischen Durchschnitt unterdurchschnittliches Wachstum verzeichnet. Während die Region um 5,6 Prozent wuchs, werden es in Mexiko wohl nur 3,3 Prozent gewesen sein. Auch sei Mexiko, so CEPAL-Chef José Luis Machinea, besonders anfällig für eine mögliche Rezession in den USA. Für das kommende Jahr soll es bei einem Wachstum von 3,3 Prozent bleiben, während die Wirtschaftskommission für den Subkontinent insgesamt eine Steigerung von 4,9 Prozent erwartet.

2008 dürfte für Mexiko in schwierigen Umständen beginnen. Eine abgeschwächte US-Konjunktur – Ex-Notenbankchef Alan Greenspan spricht sogar von den Gefahren einer „Stagflation“ und beziffert die Wahrscheinlichkeit einer Rezession auf immerhin 50 Prozent – könnte Mexiko vielfältig treffen, werden doch über 85 Prozent des Außenhandels mit dem Nachbarn im Norden abgewickelt. Auch die nach dem Eröl zweitwichtigste Einnahmequelle des Landes, die Überweisungen der Auslandsmexikaner, könnten leiden, sind doch viele von ihnen gerade im notleidenden Bausektor der USA beschäftigt. Das Inkrafttreten der Steuerreform bringt den mexikanischen Firmen zudem höhere Kosten, Beobachter wie Enrique Quintana von *Reforma* sprechen von 30

Prozent und mehr. Gleichzeitig drohen Inflationsgefahren, z.B. durch die Weitergabe der Erhöhung der Mineralölsteuer. Im Agarsektor – bei Bohnen, Mais und Zucker vor allem – fallen zum 1.1.2008 – so wurde es im NAFTA-Vertrag vor rund 15 Jahren verabredet – die letzten Zollschränken gegenüber dem übermächtigen Wettbewerber USA, mit wahrscheinlich erheblichen Auswirkungen auf die kaum konkurrenzfähigen mexikanischen Kleinbauern im Süden des Landes.

Im industriellen Bereich wird der Druck von Wettbewerbern wie China immer stärker. Und dem hat Mexiko bisher wenig entgegenzusetzen. Ein Hindernis auf dem Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit: das defizitäre Bildungssystem. Beim Pisa-Test 2006, dessen Ergebnisse jetzt veröffentlicht wurden, hat das Land wieder einmal eher problematisch abgeschnitten: Mexiko kam bei dieser aller drei Jahre stattfindenden Überprüfung seitens der OECD auf Platz 49 von 57 teilnehmenden Ländern. Im Jahr 2003 war Mexiko unter 41 Ländern auf Platz 37 gelandet. Die erreichte Punktzahl allerdings hat sich gegenüber vor drei Jahren verschlechtert (410 gegenüber 422, während das „Siegerland“ Finnland auf 563 Punkte kommt – In Lateinamerika erzielten Chile mit 438 und Uruguay mit 428 Punkten die besten Ergebnisse).

Quintanas Rat vor diesem Hintergrund: „Genießen sie diesen Augenblick in vollen Zügen, 2008 werden wir mit Sorgen und Unsicherheiten beginnen.“

Ventil Migration

Nicht wenige Mexikaner sehen ihre Chancen wohl auch mit Blick auf diese Situation weiterhin eher in der Auswanderung: Nach einer Umfrage, die die Zeitung *Reforma* am 16. Dezember veröffentlichte, haben 58 Prozent der repräsentativ Befragten bereits nahe Verwandte in den USA, 57 Prozent erhalten finanzielle Zuwendungen von dort. Immerhin sieben Prozent haben konkrete Pläne, selbst in die USA auszuwandern, weitere 17 Prozent gaben an, solche Pläne bestünden bei nahen Verwandten. Vorrangiges Ziel der Auswanderung ist mit 34 Prozent

18. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

Kalifornien, gefolgt von Texas mit 18 Prozent. Die Töne, die derzeit aus dem nord-amerikanischen Vor-Wahlkampf herüberschlagen, sind allerdings kaum geeignet, in Mexiko auf eine liberale Einwandungspolitik der USA oder die Legalisierung der Millionen illegal dort lebenden Mexikaner zu hoffen. Für 2008 sind keine Fortschritte in bilateralen Verhandlungen mehr zu erwarten.

Parallel mehrt sich die Kritik an Mexiko vor allem mit Blick auf den Umgang mit zentral-amerikanischen Migranten an seiner Südgrenze: Mexikos Nachbarn zeigen sich sehr besorgt über die Art und Weise, wie ihre Landsleute, die auf dem Weg in die USA illegal die Grenze nach Mexiko überqueren, dort behandelt werden. Auch die Nicht-Regierungsorganisation *Sin Fronteras* erhebt heftige Anschuldigungen: Illegale Migranten würden in Mexiko menschenunwürdig behandelt. In Chiapas etwaseien Ausbeutung aller Art an der Tagesordnung, in Lagern bekämen die Menschen nicht ausreichend zu essen, die hygienischen Zustände seien skandalös. Die Leiterin der mexikanischen Migrationsbehörde INM, Cecilia Romero, wies die Vorwürfe zurück.

Ein besonderes Thema sind dabei die Flüchtlinge aus Kuba, die über Mexiko in die USA geschleust werden. Ihre Zahl sei pro Jahr auf rund 10.000 gestiegen, sagte der US-Konsul in Kuba, Sean Murphy. Das seien mittlerweile 3.000 mehr als etwa über den Seeweg nach Florida kämen. Für entsprechende Schleuser scheint dies ein sehr lukratives Geschäft zu sein. Es werde, so der mexikanische Generalstaatsanwalt Eduardo Medina Mora von exilkubanischen Gruppen in den USA finanziert. Da das „Ley de Ajuste Cubano“ seit den sechziger Jahren Kubanern, die auf welchem Weg auch immer die USA erreichen, ein Aufenthaltsrecht gewährt, wird das Problem schwer zu lösen sein. Doppelte Standards wohin man blickt.

Erfolge im Anti-Drogenkampf

Immerhin geht das Jahr 2007 mit einigen spektakulären Erfolgen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu Ende, den die Regierung Calderón zu ihrer Priorität erklärt hat. Mitte Dezember wurde rund eine halbe

Tonne Kokain am Flughafen der Hauptstadt Mexiko-Stadt beschlagnahmt, Ursprung Kolumbien, Zielort USA. Mit diesem Fund stieg der Umfang der in Mexiko beschlagnahmten Drogen auf den Rekordwert von gut 49 Tonnen im zurückliegenden Jahr, das beste Ergebnis der Ermittlungsbehörden in 16 Jahren. Zahlreiche damit verbundene Verhaftungen erhöhen die Wirkung im Kampf gegen die Drogenkriminalität in Mexiko.

Die Antwort der Drogenmafia allerdings ließ nicht auf sich warten: Unmittelbar danach wurden die abgeschlagenen Köpfe von zwei Zollfirmen-Mitarbeitern gefunden – getrennt von ihren Körpern, die kurze Zeit später an einem anderen Ort auftauchten. Auch an dieser Front warten auf Mexiko ganz entscheidende Monate.